



Abendessen des Kanzlers mit Richtern des Bundesverfassungsgerichts ist Angriff auf die Gewaltenteilung

In der Vergangenheit haben umstrittene wechselseitige Essenseinladungen von und an Mitglieder der Bundesregierung mit Richtern des Bundesverfassungsgerichts immer wieder für Schlagzeilen gesorgt. Heute Abend soll erneut ein solches gemeinsames Essen hinter verschlossenen Türen stattfinden. Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, kritisiert dies scharf und bewertet das Treffen als weiteren „Angriff auf die Gewaltenteilung“:

„Wir alle erinnern uns mit Grausen an die Geheimtreffen der Bundesregierung mit Richtern des Bundesverfassungsgerichts während der Corona-Zeit – Zusammenkünfte, die ein höchst problematisches Verhältnis zwischen Regierung und Justiz offenbarten, zumal die Bundesregierung häufig Beteiligte in Verfahren vor diesem Gericht ist. Dafür, dass diese höchst umstrittene Praxis nun unverändert fortgeführt wird, bringen wir kein Verständnis auf. Die Gewaltenteilung ist ein hohes Gut, das nicht aufgeweicht werden darf. Zumindest aber ist absolute Transparenz geboten: Teilnehmer und Themen müssen klar benannt und veröffentlicht werden, damit sich die Öffentlichkeit selbst ein Bild machen kann und das Vertrauen in den Rechtsstaat nicht weiter verloren geht!“



Aktuelle Videos



Pressekonferenz



PIC•COLLAGE



STEPHAN
BRANDNER

MdB trifft THW



PIC•COLLAGE



STEPHAN
BRANDNER

Plenum Deutscher Bundestag



STEPHAN
BRANDNER

Infostand in Gera



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick Plenum, 8. Oktober

Bei der Befragung der Bundesregierung stand am 8. Oktober die Raumfahrtministerin Bär Rede und Antwort. Stephan Brandner kam nicht umhin sie dazu zu befragen, wie es um ihre Flugtaxipläne stehe und welche Pläne hinsichtlich der Raumfahrt ihr Ministerium habe. Dass Bär keine Antworten parat hatte, versteht sich wohl von selbst.

Aus Anlass des zweiten Jahrestages des Hamas-Terrors in Israel und dem Beginn des Krieges in Gaza haben sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages am Mittwoch mit der Situation im Nahen Osten befasst.

Markus Frohnmaier (AfD) sagte, der Friedensplan verdiene volle Unterstützung. Der Bundesregierung warf er „schweres Versagen“ vor. Die Entscheidung des Kanzlers, keine Waffen mehr nach Israel zu liefern, beruht nach Ansicht von Frohnmaier auf der „Angst, eine wachsende islamische Bevölkerung in Deutschland zu verärgern“.

Mit Kopfschütteln nehme er zur Kenntnis, dass die Bundesregierung neben der Ukraine nun auch noch Gaza beim Wiederaufbau unterstützen will, „obwohl viele Menschen hierzulande nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen sollen“, sagte Frohnmaier.

Der Bundestag hat am Mittwoch erstmals einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Reform der Politikerpensionen – Bundestagsabgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung aufnehmen“ beraten. Bundestagsabgeordnete sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, fordert die Fraktion der AfD in ihrem Antrag zur Reform der Politikerpensionen.

Stephan Brandner (AfD) sagte dazu: „0,004 Prozent der Rentner draußen erreichen die Höchstrente von 3 500 Euro. Hier erreichen es im Durchschnitt fast alle. Und das müsste jedem draußen die Augen öffnen. Deshalb unser Vorschlag: Durchbrechen Sie mit uns gemeinsam die Rentenmauer zwischen den Bürgern und den Abgeordneten. Lassen Sie uns angleichen ! Lassen Sie uns nicht gleicher sein- als die Bürger draußen.“



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick Plenum 9. Oktober

Der Bundestag hat am Donnerstag die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ beraten.

Dr. Bernd Baumann (AfD) beklagte eine „massenhafte illegale Einwanderung“ als „das zentrale Problem“ Deutschlands. Die Mehrheit der Deutschen fühle sich „überfremdet im eigenen Land“. Auf der Ebene der Europäischen Union sei über GEAS „von der links-grünen Ampel“ verhandelt worden, die die Migration nicht habe begrenzen wollen. Diese Politik setzten CDU und CSU nun fort und „verkaufen das noch als Migrationswende“. GEAS verteile die Migranten „per Zwangsquoten auf die Mitgliedsstaaten“, die sie „unbegrenzt“ aufnehmen oder „horrende Strafen zahlen“ müssten.

Der Bundestag hat sich am Donnerstag, 9. Oktober 2025, mit der Sicherheit von Messengerdiensten befasst. Auf Verlangen der AfD-Fraktion ging es in einer Aktuelle Stunde um ein „Deutsches Nein zur EU-Chatkontrolle“.

AfD fordert Abschreckung und Opferschutz statt Täterschutz

Für die AfD-Fraktion, die die Aktuelle Stunde verlangt hatte, forderte Ruben Rupp von der Bundesregierung eine Erklärung, dass es in dieser Legislaturperiode keine Zustimmung der Bundesregierung zur sogenannten Chatkontrolle geben werde. Er sei stolz, dass es „gemeinsam mit den Kritikern der geplanten EU-Chatkontrolle“ ein so massiver Druck aufgebaut worden sei, dass die Bundesregierung im Rat nun mit „Nein“ stimmen wolle, sagte Rupp.

Sollte die Regierung „wieder einen Anlauf nehmen“, Bürger anlasslos zu überwachen, werde sie auf den erbitterten Widerstand seiner Fraktion stoßen, kündigte Rupp an. Die anlasslose Massenüberwachung schütze Kinder nicht effektiv vor Tätern, Kinderpornografie und Missbrauch, betonte Rupp. Seine Fraktion fordere Abschreckung und „Opferschutz statt Täterschutz“.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben sich am Donnerstag mit der Forderung nach einer Änderung des Grundgesetzes zur Einfügung des Merkmals „sexuelle Identität“ befasst. Stephan Brandner sagte zum Thema: „Niemand darf wegen seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt werden; das steht in Artikel 3 unseres Grundgesetzes, und das ist auch gut so. Da haben die Väter und Mütter - also die Eltern - des Grundgesetzes abschließend alles geregelt, was sich um das Geschlecht dreht. Wenn man da noch Artikel 2 dazu nimmt, dann wird die Sache rund. Es gibt nicht ansatzweise irgendeinen Grund, den Firlefanz der geschlechtlichen Identität ins Grundgesetz einzufügen.“



Rückblick Plenum 10. Oktober

Mit dem Entwurf der Bundesregierung für ein Tariftreuegesetz beschäftigte sich der Bundestag am heutigen Freitag.

Hans-Jürgen Goßner (AfD) ließ kein gutes Haar an dem Vorhaben der Regierung. Sein Fazit: „Das Gesetz ist ein Anschlag auf die Freiheit des Unternehmers. Die Leidtragenden sind die kleineren mittelständischen Betriebe.“

Der Bundestag hat sich ebenfalls am Freitag mit dem Thema Hausdurchsuchung bei Ehrverletzungsdelikten befasst. Dazu hat die AfD-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Meinungsfreiheit und zur Änderung der Strafprozessordnung – Einschränkung der Zulässigkeit der Hausdurchsuchung bei Ehrverletzungsdelikten vorgelegt.

Tobias Matthias Peterka (AfD) erklärte, Einschüchterung und verkappte Bestrafung ohne Gerichtsurteil sei „einer Demokratie nicht würdig und gehört sofort unterbunden“.

Bei einer von der Fraktion Die Linke beantragten Aktuellen Stunde zum Thema „Soziale und ökologische Industriepolitik – Arbeitsplätze schützen, Zukunft gerecht gestalten“ am Freitag machte Peter Bohnhof (AfD) die „sogenannte“ sozial-ökologische Transformation für steigende Arbeitslosigkeit und die schwierige Lage der Unternehmen verantwortlich. Er verwies auf den Verfall „einst blühender Regionen im Ruhrgebiet“. Betriebe seien leer, Geschäfte pleite. Das ist die „bittere Realität“.



Unsere nächsten Termine



21. Oktober 2025

Sprechstunde

Gera

Stephan
BRANDNER

 **Dienstag, 21. Oktober 2025**

 **Wahlkreisbüro Gera**
Rudolf-Diener-Str. 21
07545 Gera

 **Anmeldung unter**
stephan.brandner.ma04@bundestag.de

AfD



Oswald
GMEINER

Stephan
BRANDNER

Thomas
TROMMER

Windkraft stoppen, Verkehr entlasten!

Dienstag, 21. Oktober
16:30 Uhr

Lässig Park (Kreuzung B2/B125)
Großbebersdorf

AfD

AfD Kreisverband Landkreis Greiz



Lena **KOTRÉ**
MdL, Wahlkreisabgeordnete

Stephan **BRANDNER**
MdB, stellv. Bundessprecher

Matthäus **MIKOLASZEK**
Landratskandidat für den Barnim

Brandner kommt

zum Bürgerdialog

Dienstag, 25. November 2025
18:30 Uhr

16356, Ahrensfelde OT Blumberg
Stufensaal, Schloßstraße 7

AfD

Ortsverband Ahrensfelde

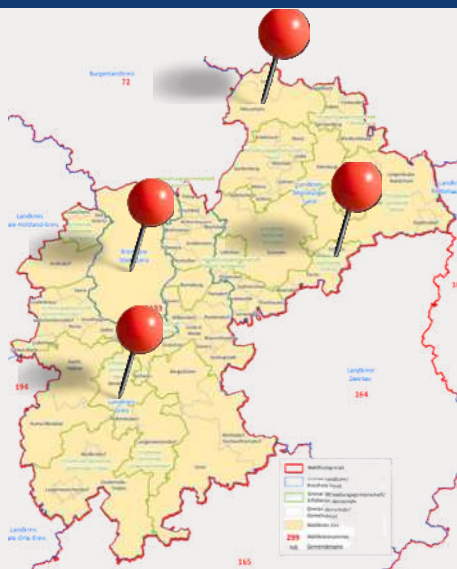


**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
☎ Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
📠 Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉ kontakt@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
☎ Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉ goessnitz@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17 Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
✉ meuselwitz@brandner-im-bundestag.de

Neu! 🕒 Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1. Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

 www.facebook.com/stBrandner
 www.instagram.com/stephanbrandner
 www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
 t.me/StephanBrandnerMdB
 www.tiktok.com/@brandner_afd
 <https://twitter.com/BrandnerSt>

